



MKAS - Newsletter



 **Konrad
Adenauer
Stiftung**
50 Jahre Kompetenz weltweit

Mazedonien im Mai 2007

Krise zwischen den Koalitionspartnern VMRO-DPMNE und DPA – DUI kehrt ins Parlament zurück

Diplomatische Verstimmung zwischen Skopje und Belgrad

Mazedonien Thema im griechischen Wahlkampf

NATO-Beitritt

Srdjan Kerim Vorsitzender der UN-Vollversammlung

Kurznachrichten



Krise zwischen den Koalitionspartnern VMRO-DPMNE und DPA – DUI kehrt ins Parlament zurück



Menduh Thaci (Bild), Vize-Parteichef der DPA, drohte am letzten Mai-Wochenende überraschend öffentlich mit dem Austritt seiner Partei aus der Regierungskoalition. Er kritisierte das Kommunikationsverhalten des Koalitionspartners VMRO-DPMNE, dessen Vorsitzender, Premierminister Gruevski, sich zu dem Zeitpunkt auf Madeira/Portugal aufhielt, um dort an einer NATO-Sitzung teilzunehmen. Wenige Tage zuvor waren der stellvertretende Innenminister und drei hochrangige Beamte im Innenministerium (alle DPA) zurückgetreten, angeblich wegen einer erfolglosen Polizeiaktion zur Beschlagnahme von illegalen Waffen. Der wahre Grund für das Verhalten von Thaci sind die Verhandlungen der VMRO-DPMNE mit der oppositionellen DUI, um eine Liste mit Gesetzen zu erstellen, die nach der Badinter Mehrheit im Parlament beschlossen werden sollen. Die DUI, die seit Januar das Parlament boykottiert, forderte zudem ein Gesetz zur Hinterbliebenenversorgung der ehemaligen UCK-Kämpfer, ein Gesetz über die Mehrsprachigkeit und die Neubesetzung des Interethnischen Ausschusses im Parlament. Zudem fordert die DUI seit den letzten Parlamentswahlen eine Festschreibung in der Verfassung, wonach die größte mazedonische Partei mit der größten albanischen Partei künftig die Regierung bilden müssen. Dies wurde jedoch von der VMRO-DPMNE immer strikt abgelehnt. Nachdem die Verhandlungen zwischen VMRO-DPMNE und DUI ein Papier zu Ziel hatten, auf dem lediglich die Ergebnisse festgehalten werden, gab Parteichef Ahmeti ein Interview in der BBC und erklärte den angeblichen vollen Erfolg seiner Partei DUI bei den Verhandlungen. Nachdem er auch die gesetzlichen Regelungen für Sprache und Hinterbliebene ankündigte, sah sich Thaci gezwungen zu handeln. Denn es sieht in der Öffentlichkeit so aus, als habe es die DUI mit ihrem Konzept aus Protest, Säbelrasseln und mit internationaler Hilfe wieder einmal geschafft. Mit anderen Worten, die DUI erreichte augenscheinlich in fünf Monaten Parlamentsboykott mehr als die DPA in zehn Monaten Regierungsbeteiligung. Dass das Papier, das nur auf englisch existiert, kein Abkommen darstellt, da es nicht unterschrieben wird, war zunächst zur Nebensache geworden. Nach und nach wurde der Wortlaut bekannt, wonach es nur eine Absichtserklärung zur Regelung der offenen Fragen in Bezug auf die Hinterbliebenenversorgung sowie auf die Sprache gibt. Die Regierungsbildung wurde überhaupt nicht erwähnt. Einzig eine Bereitschaft der Regierung über die Neubildung des Interethnischen Ausschusses ist dem Papier zu entnehmen.

Thaci, der sich im Namen seiner Partei als einziger legitimer Vertreter der albanischen Minderheit und Partner zur Klärung dieser Punkte im Land sieht, fühlte sich übergangen.



Gruevski versicherte seinem Koalitionspartner, dass kein geheimes Abkommen¹ unterzeichnet worden ist: „Ich habe niemals ein Dokument unterzeichnet und werde auch keines unterzeichnen“. Die englische Sprache, ein Brief von Solana und Rehn an die DUI und die Bereitschaft der DUI, ihren Boykott zu beenden und wieder ins Parlament zurückzukehren, lässt auf massive internationale Vermittlung schließen. Während Gruevski und Thaci ihren gemeinsamen Willen zur weiteren Zusammenarbeit nach einem klärenden Gespräch bekräftigten, scheint wohl der Friede wieder hergestellt. Allerdings steht die DPA immer noch mit einem offenbaren Gesichtverlust bei ihrer Wählerschaft da. Die DUI hingegen kehrte am Mittwoch (30.05.) wieder ins Parlament zurück.

Diplomatische Verstimmung zwischen Skopje und Belgrad



Der mazedonische Präsident Branko Crvenkovski (SDMS) nahm an der Konferenz mit dem Titel „Die Europäische Union und Südosteuropa“ im montenegrinischen Becici teil. Das wichtigste sei, so Crvenkovski in seiner Rede vor anderen Staatsmännern Südosteuropas, das Vorantreiben der Reformen und die Erhöhung des wirtschaftlichen Handels in dieser Region. Des Weiteren sei die Lösung des zukünftigen Kosovo-Status' ein wichtiger Schritt in Richtung Sicherheit und Stabilisierung. Nur mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft ist dieses Ziel zu erreichen. Mazedonien unterstützt als Mitglied der Vereinten Nationen jegliche Resolution in diesem Konflikt. Auf diese und der Erklärung des mazedonischen Außenministers Milošoski (gemeinsam mit seinem albanischen Amtskollegen Basha), wonach man sich eine Lösung durch den Sicherheitsrat wünsche und auch den Ahtisaari-Vorschlag unterstütze, reagierte die neue serbische Regierung mit einer harschen Protestnote. Mit dieser Äußerung, so Belgrad, habe sich Skopje in die inneren Angelegenheiten Serbiens eingemischt und den künftigen Status schon als Realität vorweggenommen, obwohl dies, wenn überhaupt, nur in der UN diskutiert werden kann.

Mazedonien Thema im griechischen Wahlkampf



Der über fast 17 Jahre andauernde Namensstreit zwischen dem EU-Mitglied Griechenland und der Republik Mazedonien bekommt ein weiteres Kapitel. Im diesjährigen griechischen Wahlkampf um die Mehrheit im Parlament bedient man sich abermals populistischer Parolen, zumindest meint dies die mazedonische Regierung. „Wir haben in den letzten 15 Jahren Zugeständnisse gemacht und große Konstruktivität demonstriert. Wir akzeptierten Nimetz' letzten Vorschlag, doch unglücklicherweise lehnte die griechische Regierung den gleich ab. Ich erwarte jetzt von Griechenland, dass es konstruktiv ist.“, so der mazedonische Außenminister Antonio Milošoski. Mazedonischen Medienberichten zufolge, welche auf eine anonyme Quelle im griechischen Außenministerium basieren,

¹ Internetnachrichtenagentur Makfax: „Gruevski - There is only verbal three-paragraph agreement with DUI“
<http://www.makfax.com.mk/look/novina/article.tpl?IdLanguage=1&IdPublication=2&NrArticle=69653&NrIssue=359&NrSection=10>



würde Griechenland weiterhin auf den Status quo beharren. Der griechische Europaabgeordnete Antonis Samaras sagte in einem Interview gegenüber der Zeitung Eleftherotypia: „Skopje wird nicht nachgeben, wenn es sich stark fühlt und es wird nicht klein begeben, wenn es sich schwach fühlt. Der Grund für dieses Verhalten ist die Tatsache, dass der Name ein Schlüsselement der falschen Einheit der Bevölkerung ist.“ Der Konflikt des Jahres 2001 zeigte Samaras zufolge, „dass der Nationalstaat der Mazedonier eine Mixtur einer Nation aus Albanern und Slavischsprechenden sei“.

NATO-Beitritt



Am 10. Juni 2007 findet ein NATO-Treffen in der albanischen Hauptstadt Tirana statt. Neben Vertretern der mazedonischen, kroatischen und albanischen Mitgliedskandidaten wird auch der amerikanische Präsident George W. Bush teilnehmen. Griechischen Medienspekulationen zufolge, wird Bush an diesem Tag den Beitritt dieser drei Länder in die NATO zum nächsten Jahr offiziell verkünden. Der mazedonische Ministerpräsident Nikola Gruevski wies die bevorstehende Bekanntgabe eines NATO-Beitritts Mazedoniens als Spekulation zurück und glaubt, dass dieser Bericht absichtlich von den griechischen Medien veröffentlicht wurde, um bei einer Nicht-Bekanntgabe am 10. Juni Enttäuschung und Frustration im mazedonischen Volk zu erzeugen.

Srdjan Kerim Vorsitzender der UN-Vollversammlung



Die UN-Vollversammlung hat den ehemaligen mazedonischen Außenminister Srdjan Kerim und vormaligen Botschafter in Deutschland zum neuen Vorsitzenden gewählt. Seine Aufgabe ist es, ab September 2007 die 62. Sitzung der Vollversammlung zu leiten. Der Vorsitzende kommt jedes Jahr aus einer anderen Region; diesmal ist es ein Südosteuropäer. Der 58-jährige Kerim war von 2000 bis 2001 Außenminister und wurde danach zum UN-Botschafter der Balkanrepublik Mazedonien berufen. Im Jahr 2003 übernahm er das Management des zur WAZ-Gruppe gehörenden Verlags Media Print Macedonia. Seit 2006 ist Kerim auch Manager der WAZ-Gruppe für Südosteuropa.

Kurznachrichten



Die türkische Investmentgruppe *Tac* eröffnete gemeinsam mit Ministerpräsident Gruevski eine neue Textilfabrik in Skopje. Die *Zorlu Tex* beschäftigt momentan 220 Mitarbeiter. Bis zum Ende des Jahres beabsichtigt man die Belegschaft auf 600 Mitarbeiter aufzustocken. 90% der Produktion ist für den Export in die Länder Südosteuropas gedacht.



Bernard Koenig ist neuer Generaldirektor der *Ohridska Banka*, welche von der französischen Geschäftsbank *Societe Generale* diesen Monat übernommen wurde.



Die slowenische Investmentgruppe *Sava Kranj Group* möchte im Bereich Biodiesel-Technologie in Mazedonien investieren und 40.000 Hektar Land pachten, um Sonnenblumen und Raps anzubauen. Eine Entscheidung soll nächsten Monat fallen.



Der *Vienna International Airport* strebt eine Kooperation mit den beiden Flughäfen *Alexander der Große* in Skopje und dem *St. Paul* in Ochrid an. Des Weiteren haben die niederländische Beraterfirma *NACO*, das türkische Konsortium *TUV* und die deutsche Baugesellschaft *Hochtief* ihr Interesse bekundet.



Der aus Katar stammende Gas- und Ölproduzent *Qatar Petroleum* zeigt großes Interesse in den mazedonischen Energiemarkt einzusteigen. Geplant ist der Bau von 30 Tankstellen, welche sich in Tetovo, Gostivar, Pletvar, Veles, Stip und Radovis befinden sollen. Außerdem soll ein Erdöldepot in der Nähe von Stip errichtet werden, wo sich auch das Öl-Reservoir von Lukoil befindet.



Mazedoniens Energiekrise steht vor einer möglichen Lösung. In- und ausländische Experten sind auf einem Treffen in Prilep gemeinsam zu dem Entschluss gekommen, dass die Kohlevorkommen in der Region Mariovo abbauwürdig sind. Es befinden sich dort über 100 Millionen Tonnen an qualitativ hochwertiger Kohle. Dadurch könnte der jährliche Stromverbrauch von 2.000 GWh durch einheimische Ressourcen gedeckt werden.



Anlässlich einer Konferenz der Koalitionskräfte für den Irak im US-amerikanischen Tampa/Florida, zu denen auch Mazedonien zählt, besuchte Generalstabschef Miroslav Stojanovski auch das Pentagon. Thema der Konferenz war unter anderem die Besprechung des nächsten Aktionsplans für den Irak.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Auslandsbüro Mazedonien

Zusammengefasst von:
Stiv Divjakoski

Verantwortlich:
Ulrich Kleppmann

01.06.2007